Wind bekam, berief er schleunigst einige Zentrumsleute des Wahlkreises zusammen und diese proklamirten den Lederfabrikanten aus Prüm, den Landtagsabgeordneten Herrn Nels, als Kandidaten. Daß die Getreuen des Herrn Dasbach diese Kandidatur höchst ungern sehen, ist begreiflich. Sie fahren deshalb fort, für den schneidigen Herrn Kaplan im Wahlkreise Stimmung zu machen, und so dürfte es kommen, daß der linke und der rechte Flügel des Zentrums in Daun-Bitburg-Prüm ihre Kräfte messen werden.

— **Wieder eine Reichstagsersatzwahl in Sicht.** Durch die Beförderung des Reichstagsabg. und Präsidenten des Kasseler Konsistoriums von Weyrauch zum Unterstaats-Sekretär im Kultusministerium erlischt dessen Mandat für den Wahlkreis Kassel, welches durch einen Wahlprotest stark angefochten war. Am 20. Februar 1890 erhielt v. Weyrauch 5966 Stimmen, während 2158 freisinnige, 3028 antisemitische und 9170 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. In der Stichwahl siegte v. Weyrauch mit 11,735 gegen 10,223 Stimmen über den Sozialdemokraten. Also auch hier wird wieder eine heiße Schlacht geschlagen werden; das ist wenigstens etwas Unterhaltung, da die Legislaturperioden vom Kartellreichstag auf 5 Jahre ausgedehnt sind „behufs minderer Erregung der Leidenschaften des wählenden Volkes".

— **Frankfurt a. M.** Wie aufmerksam die Frankfurter Polizei gegen unsere dortigen Genossen ist, geht aus folgender Notiz der „Frankf. Ztg." hervor. „Die von der hiesigen sozialdemokratischen Partei niedergesetzte, aus den Herren Brühne, Bertram und Weinrich bestehende Kommission, welche Zeitungen und Zeitschriften der sozialistischen Richtung zu sammeln und zur Agitation auf das Land zu versenden hat, wurde am Donnerstag Abend, als sie eine derartige Versendung in der Wohnung des Herrn Brühne vornahm, während der Arbeit von einem dazu beorderten Schutzmann überwacht." — Mehr kann man nicht von einer Polizei verlangen.

— Graf Wilhelm Bismarck stellt im „Hannoverschen Kourier" in Abrede, daß er Zuwendungen aus dem Welfenfonds erhalten habe. Diese war aus englischen Blättern übernommen worden.

Italien.

— In allen Theilen des Landes kommen Unruhen vor. So hat am Sonntag in Gerda in der Provinz Palermo ein Bauern-Aufstand stattgefunden. Nach der römischen „Tribuna" versammelten sich daselbst 2000 Landleute auf dem Hauptplatze, um gegen die Zamilientaxe zu protestiren. Dieselben drangen in die Gendarmeriekaserne, befreiten ihre im Laufe des Tages verhafteten Anhänger und wandten sich dann gegen das Kommunalbureau, woselbst sie die Steuerregister vernichteten. Der Sondpräfekt ist heute Nacht mit Verstärkungen eingetroffen; es sind 22 Verhaftungen vorgenommen worden.

Großbritannien.

— **Die Gehorsamsverweigerungen** in der englischen Armee scheinen epidemisch zu werden. Am Dienstag weigerten sich auch die Mannschaften der ersten Kompagnie des dritten Grenadier-Bataillons, welches in Chelsea kasernirt ist, nach gegebenem Signal ihre Stuben zu verlassen und zum feldmäßigen Exerzierdienst anzutreten. Die Mannschaften klagen über zu häufige dienstliche Uebungen und deren lange Dauer.

Rußland.

— **Neue Maßregeln gegen die Juden in Rußland** meldet ein Wolff'sches Telegramm aus Petersburg. Ein soeben in Rußland veröffentlichtes Gesetz untersagt jüdischen Handwerkern, darunter auch Mechanikern, Branntweinbrennern und Bierbrauern, die Uebersiedelung nach Moskau oder in das Moskauer Gouvernement.

Bulgarien.

— **Zu dem Attentat in Sofia** berichtet die „Köln. Ztg.", der verhaftete Sekretär der bulgarischen Agentur in Bukarest habe seine Theilnahme an den russischen Verschwörungen gegen Bulgarien eingestanden. Derselbe machte weitgehende Enthüllungen über russische Amtspersonen, sowie über die Agitationen in Serbien. Gleichzeitig wird aus Belgrad telegraphirt, daß die bulgarische Regierung von der serbischen die Auslieferung des Flüchtlings Nizow verlangt habe.

Nord-Amerika.

— **Die Streikbewegung in Scottdale** in Pennsylvanien in den Vereinigten Staaten wird nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" aus Pittsburg von Stunde zu Stunde bedenklicher. Seit Sonnabend Abend umgiebt eine drohende Menge die Werkstätten der Gesellschaft Frick, wirft explodirende Bomben und feuert Gewehre ab. Die Gesellschaft hat bei den Behörden Klage eingereicht und mehrere Haftbefehle sind gegen die Führer der Streikenden erlassen. Die Sheriffs erklären jedoch, sie könnten derselben ohne Beistand des Militärs nicht habhaft werden.

Zur Maifeier.

—* Die Leipziger Sozialdemokraten haben für den Abend des 1. Mai fünf größere Versammlungen im dortigen Stadtgebiet beschlossen; am Sonntag, den 3. Mai, aber soll die Hauptfeier in fünfzehn Lokalen der Stadt begangen werden.

—* **Hamburg.** Die Demonstration am dritten Mai zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages dürfte hier einen bedeutenden Umfang gewinnen. Sämmtliche Gewerkschaften, sowie die drei sozialdemokratischen Vereine haben ihre Theilnahme erklärt und es dürften wohl ca. 100,000 Personen sich an der Demonstration betheiligen.

Gewerkschaftliche Arbeiter-Bewegung.

∴ In der „Elbthal-Morgen-Zeitung" hatte die Firma **Jedicke u. Sohn in Trachau** ein längeres Eingesandt veröffentlicht, welches den Thatsachen nicht entspricht. Die Kommission der ausgesperrten Arbeiter sandte deshalb an das genannte Blatt eine Entgegnung, deren Aufnahme jedoch verweigert wurde. Wir halten uns deshalb für verpflichtet, die Streikenden in unserem Blatte zum Wort kommen zu lassen. In der Entgegnung heißt es: „Herr Jedicke wundert sich darüber, daß wir an ihn das Ersuchen richteten, unter den alten Bedingungen wieder anzufangen, — die Leute haben sich unter den alten Verhältnissen eben wohler befunden und wollten diese deshalb aufrecht erhalten. Auf die Behauptung, nach unseren Aeußerungen nicht anders handeln zu können, haben wir zu erwidern, daß auch wir nach dem von uns Gehörten nicht anders handeln konnten. Wir konstatiren, daß sich Herr Jedicke in großer Aufregung befand, bei welcher Worte entschlüpften, die, wenn sie in eine große Masse von Menschen geschleudert werden, bis zum Aeußersten treiben müssen. Ferner nennt Herr Jedicke die nothwendige Kontrole eine permanente Bewachung seines Etablissements und behauptet, wir wären bei Arbeitern in der Stube gewesen; dies zu bestreiten ist nicht unsere Absicht. Zur Richtigstellung diene jedoch, daß sich Verschiedene in die Unterstützungslisten eintragen ließen und dabei heimlich Cigarren machten. Daß wir dann dort hingehen, um uns zu überzeugen, ist nicht nothwendig. Herr Jedicke schiebt nun seinen Leuten verschiedene Gründe des Aufhörens zu, z. B. durch Wühlerei, Parteizwang und dergleichen. Wer ist nun nach Ansicht des Herrn Jedicke ein Wühler? Nach unserer Erfahrung diejenigen, die bei verschiedenen Lohnreduktionen von uns geschickt wurden, mit Herrn Jedicke zu unterhandeln, die also bestimmt waren, die berechtigten Interessen ihrer Mitarbeiter zu vertreten. Dieselben wurden aber bei der nächsten besten Gelegenheit entfernt oder sie bekamen geringer lohnende Arbeit. Dadurch dachte nämlich Herr Jedicke den Muth seiner Arbeiter zu brechen. Und „zuverlässige Arbeiter" will Herr Jedicke haben. Waren denn die bisherigen Arbeiter unzuverlässig, mit deren Arbeit es möglich war, so in die Höhe zu kommen? Oder nennt man sie deshalb unzuverlässig, weil man sich nicht auf ihre Zufriedenheit verlassen konnte? Es ist Thatsache, daß Herr Jedicke jede Gelegenheit wahrnahm, um Lohnreduzirungen vorzunehmen; es ist ferner Thatsache, daß seit Einführung der Maschinen für Wickelmacher die Löhne gesunken sind, es ist weiter Thatsache, daß seit Einführung der Rollmaschine Herr Jedicke mit dieser die Roller drücken wollte, um sich ihrer nach und nach zu entledigen, obgleich die Maschine qualitativ eine sehr minimale Arbeit liefert. Durch die Maschine ist es Herrn Jedicke gelungen, den Lohn für die Maschinenweller pro Hundert auf 20 Pf. herabzudrücken und für Wickel, welche auf der Fortschrittsmaschine gemacht werden, auf 5 Pf. pro Hundert, so daß es ihm möglich geworden ist, mit Deckerschneiden pro Pfund 6 Pf. das Hundert fertige Cigarren mit 31 Pf. herzustellen, unbekümmert darum, ob die an diesen eisernen Arbeitern beschäftigten Leute etwas verdienen. Unter diesen Umständen dürfte es Herrn Jedicke wahrhaftig nicht mehr wundern, wenn die Unzufriedenheit so weit gediehen ist, daß sie sich sogar über seine Arbeiter hinaus erstreckt. Das unsichere Gefühl, was sich jedes Arbeiters bemächtigte, weil wir nicht wußten, wenn wir Montags anfingen, ob wir bis Sonnabend noch Arbeit hatten, zeitigt derartige Erscheinungen leichter. Daß dieser Schritt schon lange geplant war, wie Herr Jedicke behauptet, wird von uns nicht bestritten und ist wohl aus dem Vorhergegangenen begreiflich. Daß aber Herr Jedicke immer wieder mit Sachen kam, welche die Stimmung nicht bessern konnten, da er doch Kenntniß davon hatte, läßt tief blicken.

∴ Am 12. April fand im Lokale des Vereins für Volksbildung eine öffentliche **Klempner-Versammlung** mit der Tagesordnung „Arbeiterschutzgesetz und Normalarbeitstag" statt. Das Referat hatte Herr Höppner aus Cotta übernommen. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf den Bericht der Lohnkommission, zu welchem Kollege Oesterreich über die Einnahmen und Ausgaben der Agitations- resp. Unterstützungsfonds berichtete. Es zeigte sich, daß noch viel zu wünschen übrig bleibt, da der Markenverkauf zu wenig in Anspruch genommen wird. Mehrere Redner führten aus, daß bei dieser Gleichgültigkeit wir zu keinem ordentlichen Resultate gelangen könnten, und wurde der Appell an die Klempner Dresdens und Umgegend gerichtet, das Versäumte nachzuholen. Der letzte Punkt, über welchen gesprochen wurde, betraf Gewerkschaftliches. Dieser Punkt rief eine längere lebhafte Debatte hervor, in welcher verschiedene Redner die Nothwendigkeit betonten, daß auch die Klempner Dresdens und Umgegend sich dem hier bestehenden Metallarbeiter-Fachverein anschließen möchten. Es wurde betont, daß es nur dann dem Arbeiter möglich sei, den ungerechten Anforderungen, welche an sie von Seiten der Arbeitgeber gestellt werden, entgegenzutreten, wenn dieselben geschlossen als großes Ganzes den Kapitalisten entgegenstehen. Dazu ging folgende Resolution ein, welche auch angenommen wurde: „Die heute tagende öffentliche Klempnerversammlung erkennt als nothwendig die örtliche Zentralisation aller Metallarbeiter und beschließt, thatkräftig für dieselbe einzutreten. Bezüglich des 1. Mai wurde gewünscht, daß sich auch die Klempner Dresdens und Umgegend zahlreich an der Feier betheiligen möchten.

∴ Im Saale des Trianon fand am 14. April eine öffentliche **Maurerversammlung** statt, mit der Tagesordnung: Der achte deutsche Maurer-Kongreß. 2. Delegirtenwahl. 3. Generalfond. — Ueber den ersten Punkt führte Kollege Gärtner Folgendes aus: Die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands hat im Auftrage des vorjährigen Kongresses ein Statut ausgearbeitet zur Gründung eines Zentralverbandes. Wenn sich auch die Maurer Sachsens einem Verbande nicht anschließen könnten, weil sie durch das sächsische Vereinsgesetz daran gehindert sind, sei es immerhin nothwendig, daß die Dresdner Maurer dazu Stellung nehmen und sich im Prinzip für die Zentralisation erklären. Die Versammlung beschließt, den Kongreß zu beschicken und nur einen Delegirten zu wählen. Die Wahl fiel auf den Kollegen Gärtner. Dem Delegirten werden 8 Mark pro Tag und Fahrgeld 3. Klasse bewilligt. Zu Punkt 3, Generalfond, führte Kollege Gärtner aus: Die Unternehmer zentralisiren sich immer mehr und füllen ihre Kriegskassen. Wenn sich der Arbeiter überlege, was diese Herren durch ihre Organisation erreichen wollen, müße doch auch den Dresdner Maurern klar werden, daß sie sich organisiren müssen, um der übermüthigen Forderung der Unternehmer, aus den Fachvereinen auszutreten, entgegentreten zu können. Aber dazu gehörten eine gute Organisation und gefüllte Kassen, und dieses fehle in Dresden. Der Hauptfehler sei der, daß die Dresdner Maurer immer die Ausrede gebrauchten: „Ja, wenn die Auswärtigen sich nicht betheiligen, treten wir der Organisation nicht bei." Sie dächten nicht daran, daß es ihre Pflicht zunächst sei, sich der Organisation anzuschließen und den Generalfond regelmäßig zu unterstützen, dann sei es ein Leichtes, diese Fremden heranzuziehen. Die Versammlung beschließt, 20 Pf. wöchentlich als Beitrag zum Generalfond zu erheben.

∴ **Ein Streik** ist auf der Braunkohlengrube „Henriette" bei Unseburg ausgebrochen; die Grubenverwaltung hat in Folge dessen 270 Bergleuten gekündigt und 23 sofort entlassen.

∴ **Aufruf an alle in königlichen Eisenbahn-Werkstätten und deren unterstellten Betrieben beschäftigten Arbeiter Deutschlands.** Kollegen! Nach unserem Aufruf vom 6. Februar d. J. betreffs Aufstellung einer Statistik über Löhne, sowie der örtlichen Lebensweise, haben bereits 18 Städte Material eingesandt. Wir richten nochmals an Diejenigen, welche noch nichts eingesandt haben, die Bitte, dies schleunigst zu thun. Es wird dieses Material an maßgebender Stelle verwendet werden. Alle Zusendungen sind zu richten an Oskar Schüßler, Lackirer, Berlin, Weideuweg 77, vorn IV.

Gerichts-Zeitung.

§ **Hamburg.** Der Redakteur der „Neuen Tischler-Zeitung", Richard Müller, wurde vom hiesigen Landgericht wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Beleidigung soll begangen sein durch Abdruck eines Artikels der amerikanischen „Cincinnati-Arbeiterzeitung", der bereits in der „Münchener Post" Aufnahme gefunden hatte unter dem Titel „Amerikanische Berichterstattung."

Lokales und Provinzielles.

Dresden, 22. April.

† In der **Friedrichstadt** herrscht große Entrüstung darüber, daß dort eine Albumin-papierfabrik errichtet werden soll. Bei der Fabrikation des Albuminpapiers werden äußerst üble Gerüche entwickelt, die die Luft weithin verpesten. Die Friedrichstadt ist aber nicht nur dicht bevölkert, sondern es befinden sich daselbst auch das städtische Krankenhaus und die Entbindungsanstalt, die doch wohl auch einen gewissen Schutz vor allzu arger Luftverpestung verlangen können. Die Friedrichstadt wird durch Bahnhöfe und Fabriken ohnedies schon genug belästigt. Es wäre deshalb sehr zu wünschen, ja im Interesse der öffentlichen Gesundheit zu fordern, daß die geplante Anstalt an einem unbewohnten Platze errichtet wird. Dresden hat doch wahrhaftig an seiner Bierling'schen Lederfabrik und dem Mühlgraben schon genug Gestank.

† Der hiesige **Schifferverein**, sowie der Fischermeister und Badeanstaltsbesitzer Krüger und Genossen petitionirten beim Reichstage, die Sonntagsruhe nicht auf das Schifffahrtsgewerbe auszudehnen.

† Mit dem Abbruch des an der Ritterstraße gelegenen Flügels der alten Infanterie-Kaserne ist gestern begonnen worden.

† Am Montag früh wurde auf der Strecke der schlesischen Bahn zwischen hier und Klotzsche ein Verunglückter gefunden, welcher vermuthlich in der Nacht das Geleis hat überschreiten wollen und von einem Eisenbahnzug erfaßt worden war. Man brachte ihn in die Diakonissenanstalt, in welcher er an den erlittenen Verletzungen gestorben ist.

† Ein Mädchen von auswärts hatte sich gestern früh auf der Marienbrücke bereits auf das Geländer geschwungen, um sich in die Elbe zu stürzen, wurde aber von einigen Herrn festgehalten und am Selbstmord verhindert. Auf der Augustusbrücke machte das Mädchen den gleichen Mordversuch, wurde aber auch hier zurückgehalten. Hierbei stellte es sich heraus, daß die Person geistig gestört war. Das Mädchen wurde im städtischen Siechenhause untergebracht.

† **Risiko der Arbeit.** Auf dem Böhmischen Bahnhofe gerieth ein Bahnarbeiter mit der rechten Schulter zwischen die Puffer zweier anrollender Wagen und erlitt nicht unbedeutende Verletzungen. — Vor dem Böhmischen Bahnhofe wurde vorgestern ein leichter einspänniger Wagen von dem scheu gewordenen und durchgegangenen Pferde derart an die Bordkante des Fußsteiges vor der Freitreppe geschleudert, daß der Kutscher vom Bock geworfen ward und sich hierbei an einem Beine Verletzungen zuzog. — In Leipzig gerieth beim Abziehen von Spiritus ein Theil desselben in Brand, wobei sich ein Laufbursche erhebliche Brandwunden zuzog. — Im Wahren bei Leipzig wurde auf einem Neubau ein Dachstuhl aufgerichtet. Durch einen abspringenden Balken stürzte derselbe jedoch zusammen und riß die zwei an ihm arbeitenden Zimmerleute in die Tiefe, von denen der Eine sofort todt war, der Andere aber schwer verletzt wurde.

× **Blasewitz.** Zu was für Gesinnungen und Handlungen unsere wunderweise Gesindeordnung die geehrten „Herrschaften" zu treiben geeignet ist, zeigen die Zustände im hiesigen „Schillergarten". Am 25. März d. J. trat dort ein Mädchen als Schankmamsell in Dienst; nach kurzer Zeit erkrankte sie an Kehlkopfkatarrh und verlor fast vollständig die Sprache. Ein Arzt in Dresden, welchen sie befragte, fand die Krankheit sehr bedenklich, verschrieb ein Rezept und entließ sie mit dem Bemerken, Nachmittags 3 Uhr desselben Tags zwecks gründlicher Behandlung wieder zu kommen. Als aber das Mädchen dann nach der Apotheke schicken wollte, nahm ihr die Herrschaft das Rezept weg, und ebenfalls verweigerte sie am Nachmittage die Erlaubniß wieder zum Arzt gehen zu dürfen, da das Mädchen gar nicht eigentlich krank sei. Einige Tage später benutzte das Mädchen ihre Freistunden, um nach Radeberg zu ihren Eltern zu fahren. Als diese ihren Gesundheitszustand kennen lernten, bestimmten sie, der Herrschaft mitzutheilen, daß sie sofort ihre Stelle aufgeben und zu Hause in ärztliche Behandlung treten sollte. Dies ließ die Herrschaft auch nicht zu; ja selbst der Arzt aus Dresden besuchte seine nicht wiedergekommene Patientin, wurde aber von der Herrschaft abgewiesen. Wieder einige Tage später verließ das Mädchen ohne Erlaubniß ihr Arbeit und ging zum Arzt, welcher ihr einen Brief an die Herrschaft mitgab, und sie sofort in ein Krankenhaus oder nach Radeberg beorderte. Hierauf stellte es sich heraus, daß das Mädchen noch gar nicht bei der Ortskrankenkasse angemeldet war. Es muß daher den Anschein gewinnen, als wollte der „Dienstherr" aus diesem Grunde die Krankheit des Mädchens ableugnen. Dieselbe ist nun am letzten Sonnabend nach Radeberg abgefahren. Unkenntniß mit dem ihr gesetzlich zustehenden Recht und Angst vor etwaiger Bestrafung seitens der Herrschaft mögen die Gründe gewesen sein, daß das Mädchen sich so lange in geschilderter Weise behandeln ließ. Daß das Mädchen einige Renitentlichkeit bewies, ist nicht zu verwundern, da sie das Benehmen ihrer Herrschaft in anderen Fällen kennen gelernt hatte. So war es kürzlich erst vorgekommen, daß ein Dienstmädchen in diesem Hause derart behandelt worden ist, daß es klagbar werden mußte. Dieses Mädchen hatte einem anderen, welches erst seit kürzerer Zeit in diesem Dienst stand, den Rath ertheilt, lieber so bald als möglich ihre Stellung zu verlassen, sonst würde sie schließlich etwas Schönes im Dienstbuch mit nach Haus nehmen. Dieser gutgemeinte Rath bekam ihr übel. Denn die Frau des Hauses hatte hinter der Thür gelauscht und im Nu setzte es nach Leibeskräften Schläge, der geehrte Wirth sprang auch hinzu und was 4 Hände nicht fertig brachten, mußte ein großer Besen bewerkstelligen. Besagtes Mädchen ist jetzt in ärztlicher Behandlung und der Besen in behördlichem Gewahrsam. Zwei andere Dienstmädchen wurden am 15. April entlassen, wobei sie vom Wirth zur Abmeldung auf das Gemeindeamt geschickt wurden; bei ihrer Zurückkunft fanden sie, daß der Wirth unterdessen verreist und in ihren Krankenbüchern die Monate März und April noch nicht bezahlt waren. Weder ein Stellvertreter, noch die Madame fühlten sich nun bewogen, den rückständigen Lohn auszuzahlen. Mit der Frage: wo schlafen? was essen und trinken drei Tage lang ohne Geld? begaben dieselben sich zum Gensdarmen, um mit dessen Hilfe zu ihrem Gelde zu kommen. Hier richtete man an sie die Frage: „Was, Sie kommen von Köhlers? Haben Sie denn auch Keile bekommen?" — Gewiß sehr bezeichnend! — Da hier der Lohn nicht zu erlangen war, wurde es durch das Gemeindeamt versucht, aber gleichfalls vergeblich.

Allen Eltern, welche ihre Töchter in Zukunft unter fremde Leute schicken, diene dies zur Warnung. Bei solcher Handhabung der Gesinde-Ordnung braucht sich auch die gottesfürchtige, bessere Gesellschaft nicht zu wundern, wenn die Asyle für weibliche Obdachlose stark frequentirt werden oder bisher ehrliche Mädchen wollüstigen Geldprotzen leicht in die Hände fallen.

× **Plauenscher Grund.** Am 15. April fand in der Kotben Schänke zu Döhlen eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die Landeskonferenz und 2. die Maifeier. Genosse Horn referirte. Da über die Verhandlungen der Landeskonferenz schon in diesem Blatte berichtet worden ist, brauchen wir auf diesen Punkt nicht näher einzugehen. Die Ausführungen des Redners wurden beifällig aufgenommen und schließlich eine Resolution angenommen, welche sich mit den Beschlüssen der Landeskonferenz einverstanden erklärt. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung referirte ebenfalls Genosse Horn. Derselbe ergeht sich in längerer Ausführung über die Bedeutung der Demonstration, und um zu beweisen, wie nothwendig es sei, daß die Arbeiter alle ihre Machtmittel entfalten zur Erlangung einer gesetzlich geregelten kürzeren Arbeitszeit, um zu beweisen, daß sie von dem guten Willen der Kapitalisten nichts zu erhoffen haben, schildert er ausführlich das bisherige Verhalten des Unternehmerthums und der Behörden gegenüber den Arbeitern; er schildert die Ungesetzlichkeiten, die sich dies vereinigte Unternehmerthum im Kampfe gegen die um ihre Existenz ringenden Arbeiter, im Kampfe gegen die um ihre Befreiung ringende Arbeiterklasse unter den Augen der Behörden ungestraft zu Schulden kommen lassen dürfen, während man die Arbeiter bei der geringsten Kleinigkeit beim Kragen fasse, und kommt im Verlaufe dieser Ausführungen auch auf die neuesten Enthüllungen über das Komplott der deutschen Metall-Unternehmerverbände zu sprechen. Er gebrauchte dabei die Worte: „ja sogar bezahlen lassen sich die Behörden für die Hilfe, die sie dem Unternehmerthum angedeihen lassen" — — hierbei wird ihm vom überwachenden Beamten, dem Protokollanten Ehrlichmann, das Wort entzogen. Von einem anderen Redner wird sodann näher auf die Feier selbst eingegangen und dabei empfohlen, den Vorschlag der Fraktion zu akzeptiren, daß am 1. Mai